

Genossenschaft ist. Hinzugefügt wird auf Antrag Rofide, daß diese Aufwendungen doch angerechnet werden sollen bei solchen Gesellschaften oder Genossenschaften, die ausschließlich aus Baugewerbetreibenden oder Bauhandwerkern bestehen. Im übrigen werden, abgesehen von Änderungen nicht wesentlicher Art, die Kommissionsberichte zu § 10 bekräftigt, ebenso der von der Kommission auf Antrag der Konservativen neu eingefügte § 10a, wonach, soweit es sich um die Verbesserung von Flächen handelt, die aus Moorland, Sumpfland, Oed- oder Heide- land bestehen, auf Antrag des Veräußerers die Erhöhung des Ertragswertes hinzuzurechnen ist. — Schluß gegen 7 Uhr. Weiterberatung morgen 1 Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichsverfassungs-Kommission nahm heute die entscheidende Stellung zu der Forderung der Regierung, die in erster Lesung ausrichtende Bestimmung des Entwurfs wieder herzustellen, wonach der Vorstand der Landtrankentafeln nicht aus einer Wahl hervorgehen, sondern vom Gemeindevorstand bestellt werden soll. Staatssekretär Feldbrunn hatte gestern erklärt, daß im Falle der Ablehnung dieser Vorrichtung die ganze Reichsverfassungsordnung gefährdet sei. Ministerialdirektor Caspar beantragte noch ausdrücklich diese Erklärung und erweiterte sie dahin, daß auch die sonstigen zur Verhütung des politischen Mißbrauchs der Trankentafeln von der Regierung vorgeschlagenen Statuten, soweit sie in erster Lesung abgelehnt seien, wiederhergestellt werden müßten, da die verbundene Regierung somit die Reichsverfassungsordnung ablehnen müßten. Es bezieht sich das vor allem auf die Beteiligung in der Zusammensetzung des Vorstandes der Landtrankentafeln und entsprechend auch der Beiträge, welche die Verträge enthalten sich zunächst nur auf die Bestimmung über die Wahl des Vorstandes der Landtrankentafeln. Auf Anfrage erklärte Ministerialdirektor Caspar: Durch das in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehende Einleitungsgeleit zur Reichsverfassungsordnung werde festgelegt werden, daß die in landlichen Landtrankentafeln versicherten Arbeiter gegenüber dem heutigen Zustand nicht schlechter gestellt werden. Die Abstimmung ergab die Wiederherstellung des Paragraphen 113 in folgender Fassung: Bei den Landtrankentafeln wählt die Vertretung des Gemeindevorstandes den Vorstand und die anderen Mitglieder des Vorstandes, darunter einen oder mehrere Stellvertreter des Vorsitzenden. Diese Mitglieder müssen zu einem Drittel aus den beteiligten Arbeitgebern, zu zwei Dritteln aus den beteiligten Versicherern bestimmt werden. Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß die Vorsitzenden und die anderen Mitglieder des Vorstandes gewählt werden, wie die Vertreter im Ausschuss. Die Bestimmung über die Bestellung wurde auf Antrag des Zentrums angenommen. Die anderen Bestimmungen auf Antrag der Konservativen. In der Gesamtabstimmung stimmte das Zentrum gegen. Die Annahme erfolgte mit 13 gegen 13 Stimmen, dagegen stimmten 4 Zentrumsabordnete, die Fortschrittler, die Sozialdemokraten und die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, sowie die Polen. In der Debatte war von sämtlichen Rednern betont worden, daß sie nur für ihre Person stimmten, und daß sich ihre Fraktionen die endgültige Stellungnahme vorbehalten.

Preussischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhaus wies in fortgesetzter erster Lesung des Etats Abg. von Dornitz (Freiheitl.) darauf hin, daß die letzte Erhöhung der Einkommensteuer durch die Befolgungsaufbesserung geboten war. Ein Ertrag wäre anderweitig nicht zu haben, zumal immer neue Ausgaben kommen. Der Mittelstand leide besonders unter den vielen und hohen Kommunalsteuern. Für größere Vermögenssteuern sei unter Steuerhinterziehung nicht progressiv genug. Am Reiche könne der Vermögenszuwachs befreit werden. Dann sollte man aber auch den Zuwachs des Vermögens befreien. Wer in der städtischen Lage sei, trotz der Steuerung neue Vermögenswerte zu bilden, den könne eine solche Steuer nicht hart treffen. Die Stabilisierung des Kursniveaus unserer Anleihen sei von großer Wichtigkeit. Der Kurs der englischen Anleihen sei trotz ihres geringen Zinssfußes stabiler als der unserer Anleihen. Die Sparkassen und Aktiengesellschaften müßten einen großen Teil ihrer Reserven in Staatspapieren anlegen. Dann hätten auch die Gläubiger dieser Institute eine erhöhte Sicherheit. — Finanzminister Dr. Sengke: Der Steuerzuschlag ist nicht zu unterschätzen. Auch die Gemeinden, die für ihre eigenen Bedürfnisse und für die Aufgaben, die ihnen von Staat und Reich auferlegt werden, große Summen aufzubringen haben, erheben Zuschläge zur Einkommensteuer. Es ist also den Steuerzahlern in den einzelnen Gemeinden dieser Zuschlag bisher schon erpariert worden. Die Frage, die Vermögenssteuer anders auszumachen, bedarf einer sehr gründlichen Prüfung. Ich glaube nicht, daß den Kommunen das Recht, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben, jemals erteilt werden kann. Es ist betrübend, daß unsere Staatsanleihen nicht den Kurs bringen, den sie ihrer Sicherheit halber und im Interesse unserer Staatsfinanzen haben müßten. Die Schaffung einer unantastbaren Anleihe wäre ein zweifelhaftes Experiment. Bei einem Versuch, der Konkurrenz zu begegnen, die die Industrie-Obligationen in Staatspapieren machen, könnte es leicht geschehen, daß wir den Fuß abgeben, was dem wir nicht; denn Handel und Industrie tragen bekanntlich in hoher Weise zu den Staatsfinanzen bei. Auch eine Behebung der Industrie dürfte nur sehr schwer durchführbar sein. Der Minister rechtfertigte weiter dem Abgeordneten Wiemer gegenüber die bei der Etataufstellung geübte weitgehende Vorsicht. Der Vorwurf der Plasmacherei ist nicht zutreffend, wir sind nur der Mühsamkeit entgegengetreten. Wir dürfen auch nicht weiter die ganzen Staatsaufgaben auf die schwachen Schultern der Eisenbahnverwaltung begründen. Sprechend sollte man jetzt die Wirkung der getroffenen Maßnahmen bezüglich des Ausgleichs in den vorgelassenen fünf Jahren abwarten. Abgeordneter Wiemer hat gesagt auf der einen Seite, daß der Staat viel zu viel Einnahmen habe, und auf der anderen Seite, daß der Staat viel zu lange nicht genug zu Kulturzwecken. Wie es möglich sein soll, daß der Staat noch mehr für Kulturzwecke tue, wenn auf der anderen Seite die Einnahmen nach dem Wunsch des Abgeordneten Wiemer beschnitten werden sollen, weiß ich nicht. (Sehr richtig! rechts.) Der preussische Etat enthält, wie man schon bei scharfer Kritik sagen muß, außerordentlich viel für Kulturzwecke nach jeder Richtung hin. (Beifall rechts.) — Abg. Pacht (Sp.) kritisiert die Reichsfinanzreform als ein unheilvolles Werk. Preußen sei kein Agrarstaat mehr. Trotzdem stehen wir keine Freunde in der Provinz für die Bauern von niemandem zu überleben. (Sehr richtig.) Die Agrarpolitik der letzten Zeit sei eine Großgrundbesitzer-Politik gewesen. Der Versuch des Dr. Pacht, das Zentrum als friedfertig hinzustellen, muß energisch zurückgewiesen werden. Wer habe denn von den Verdienstlosen, verkommenen Junkern und Böllern gesprochen? Die Borromäus-Engländer. (Sehr richtig! links.) Der Modernismus sei eine unerhörte Gemeinheitsfindung. Es sei erfreulich, daß der Kultusminister seine Beamten schügen wolle. Es handle sich um einen Kampf für Freiheit der Wissenschaften und des Gemüses. Redner wendet sich weiter gegen die politische Tätigkeit der Landräte. Ueber die Wahlrechtsfrage hätte er gern den Ministerpräsidenten selbst gehört. Hätte man nicht sagen wollen, wann die neue Vorlage komme, so hätte man doch wenigstens sagen müssen, daß sie komme. (Verhättnis Zustimmung links.) Der bloße Versuch einer Liberalisierung Deutschlands habe 1907 die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten von 81 auf 43 herabgemindert, die jegliche Politik habe er bereits wieder auf 52 erhöht. Alle Ver-

raten sollten fest zusammenhalten, damit dem Bund der Rechten und des Zentrums die geschlossene Kraft des freigeistlichen Bürgerturns gegenüberstehe. (Beifall links.) — Finanzminister Dr. Sengke: Herr Dr. Wiemer hat in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingegriffen. Es ist im Prozeß Becker Revision eingeleitet. Es wird daher der ganze Prozeß unter Umständen nochmals aufgerollt, und dabei kann die Anhebung Dr. Wiemers über das Strafmaß gegen Becker, das übrigens innerhalb der gesetzlichen Grenze liegt, als Beeinflussung angesehen werden. Der Ministerpräsident hat keineswegs in den schwebenden Prozeß eingegriffen, denn er hat weder über die Schuld, noch über die Straffrage gesprochen. Die preussische Regierung strebt bei der Strafprozeßreform eine Wenderung an, die die Befugnis der Gerichte, überflüssig oder unerheblich erscheinende Beweisanträge abzulehnen, erweitert. (Beifall rechts.) Große Ruhe bei den Sozialdemokraten. Erneuter Beifall rechts.) — Abg. Graf Frischma (Zent.): Die Wahlrechtsvorlage sei nicht durch Schuld des Zentrums gescheitert; dieses werde jetzt in unerbörter Weise in der Presse angegriffen. Das katholische Volk sei an der Grenze seiner Zurückhaltung angekommen. Es habe sich, sich weiter angreifen zu lassen. Man verdächtige die Konservativen, weil sie mit dem Zentrum zusammengingen. Das sei eine Beleidigung der Katholiken. Die Katholiken müßten es sich verbieten, Dinge der katholischen Kirche hier vor das Forum des Parlamentes zu ziehen. (Beifall Beifall im Zentrum.) — Abg. Veinert (Soz.): Es sind beweislose Behauptungen der Sozialdemokraten, daß in Mosbit die Sozialdemokraten das Pulverfaß gefüllt und dann angezündet hätten. Wer hat das Pulver fabriziert? (Zuruf rechts: Sie gewiß nicht! Präsident v. Kröcher: Wir wollen uns doch nicht darüber heranzusetzen, wer das Pulver erkunden hat. Große Heiterkeit.) Bei der Wahlrechtsvorlage habe das Zentrum das Volk verraten. Die Behauptung des Freiherrn v. Heßly, daß die Aussagen der Entlastungszeugen in Mosbit von der Sozialdemokratie suggeriert seien, sei so bodenlos — er wolle sich keinen Ordnungsruf aussuchen, sonst würde er sagen: nichts würdig. (Präsident v. Kröcher ruft den Redner zur Ordnung und dann nochmals, als Redner dem Minister des Innern vorwirft, die Unwahrheit behauptet zu haben.) — Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Etat geht größtenteils an die Budgetkommission. — Morgen Interpellation betreffend Prozeß Becker.

Zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der ersten Beratung der elsass-lothringischen Verfassungsvorlage, die am nächsten Dienstag im Reichstag zur Debatte steht, wird, wie verlautet, der Reichskanzler eine Einleitungsrede halten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage wird der „Kreuzzeitung“ aus dem Reichstag von einem Kreisangehörigen geschrieben: „Man gliedere doch das Reichsland an Preußen an, sonst geht es bestimmt dem Deutschland langsam verloren. Will man das nicht, so darf die Presse nicht ohne Sanktion bleiben. Man mache es doch, wie es in Frankreich publici juris ist, wo keine fremdsprachige Zeitung ohne behördliche Erlaubnis erscheinen darf. Hier machen ja täglich sowohl die sogenannten liberalen, wie die herrschaftlichen Blätter eines „Berliner“ um Deutschland und deutsche Einrichtungen verächtlich. Das wirkt langsam und sicher.“

Zum Schicksal des Passions „Hildebrandt“.

Hildebrandt. Nachmittags 1 Uhr wurde auch die Leiche des Passions Hildebrandt geboren. Die Fundstelle liegt etwa 30 Meter von der Unfallstelle entfernt. Die Vergangene geschah durch zwei Fässer, die vom frühen Morgen an mit einer mit Widerhaken versehenen Leine das Wasser abzufahren hatten. Außerdem wurden ein Pelzmantel, eine Pelzweste, sowie einige Karten und Apparate gefunden und geborgen.

Wiesbaden. (Priv.-Tel.)

Die Leiche des Rechtsanwalts Koch wurde heute vormittag unter großer Beteiligung der Gemeinde vom Sägemühlklamm nach der Bahnhofsstation Hildebrandt gebracht und nach Südbad zur Einäscherung überführt.

Prozeß Herberich.

(Bergische Verhältnisse.)

Karlsruhe. (Priv.-Tel.) Die weiteren Erörterungen beziehen sich auf die fernere Seite der Ehe der Angeklagten. Sie behauptet, daß ihr Mann auf Reisen auch mit anderen Frauen verkehrt habe. — Ein Sachverständiger: Haben Sie Beweise dafür? — Angekl.: Der wird mir die bringen; meine Lebenserfahrungen berechtigen mich zu der Behauptung. — Sachverf.: Sind Sie linksdändig? — Angekl.: Nein. — Vorf.: Sie haben sich lebhaft für die Frauenfrage interessiert, was das Ihrem Manne imputieren darf. — Angekl.: Deswegen entstanden zwischen uns keine Zerwürfisse. — Vorf.: Sie haben in Verammlungen manchmal auch das Wort ergriffen. — Angekl.: Ja, mein Mann lachte darüber; er behandelte mich überhaupt seit der Ehezeitung sehr von oben herab. — Vorf.: Weshalb sind Sie aus dem Frauenstimmverein ausgetreten? — Angekl.: Meine Gesundheit und meine zeitigen Kräfte ließen nach. — Vorf.: Als Sie einmal in einer Verammlung auf die Prostitution zu sprechen kamen, sollen Sie gemeint haben, ist das richtig? — Die Angeklagte schweigt. — Vorf.: Sie haben viel gelesen? — Angekl.: Ja, philosophische Sachen: Schopenhauer und Nietzsche. — Vorf.: Wie hielten Sie sich in der Frauenkammer, in der Sie zur Beobachtung waren? — Angekl.: Ganz wohl. — Vorf.: Sie haben auf den Direktor ein Verdict verurteilt. — Angekl. (lächelnd): Ja; ich konnte aber nicht mehr den Wortlaut, nur den Sinn. — Das Verdict wird verlesen. Die Angeklagte spricht darin von den dunklen Augen des Arztes. — Angeklagte: Ich kann das nicht leugnen, aber der Herr Doktor kann ja nicht dafür. — Vorf.: Das ist richtig. Sie sollen nun einmal einen Selbstmordversuch in der Untersuchungshaft gemacht haben? — Angekl.: Ja, und wenn man mich hier verurteilt, nehme ich mir auch das Leben. — Vorf.: Der Angeklagten eine Schuld zeigend: Wollten Sie sich damit das Leben nehmen? — Angekl.: Ja. — Auf Fragen, woher sie die Schuld hatte, gibt die Angeklagte keine befriedigende Antwort. Der Vorsitzende und der Staatsanwalt bemühen sich dann vergeblich, aus der Angeklagten herauszubekommen, weshalb sich ihre Entscheidung so unharmonisch gestaltet. Die Angeklagte behauptet, daß ihr Mann sie zeitig vernachlässigt, gibt aber dann zu, selber einen Teil der Schuld zu tragen. Die Vorsitzende habe sie aber nicht vernachlässigt. So habe sie ja, immer selbst im Recht eingestanden. Welche Frau von den Herren hier im Saale kann das von sich behaupten! (Heiterkeit im Zuhörerraum.) — Staatsanwalt: Es werden Zeugen kommen, die bezeugen, daß Sie Ihren Mann in Gesellschaft schwer beleidigt haben, während er ganz ruhig blieb. — Angekl.: Dann sagen Sie den Zeugen, daß sie einen Meineid schwören. Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet und es wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Dabei wird die Defensivität wiederhergestellt. Es wird unter großer Bewegung der Prozeßbeteiligten der nächste Sohn der Angeklagten aus erster Ehe, der Student Leo Dillinger, als Zeuge vernommen, der sich zur Aussage bereit erklärt. — Vorf.: Was geschah am Morgen des 27. April? — Zeuge: Wir machten einen Spaziergang. — Vorf.: Was es unterwegs schon gesehen? — Zeuge: Nein. Der Vater war wortlos. — Vorf.: Viel Ihnen sonst nichts auf? — Zeuge: Er hielt sich etwas abseits, aber das mochte Zufall sein. — Vorf.: Wie war es mittags? — Zeuge: Ich wurde in den Keller nach Wein geschickt. Als ich wieder herauf kam, begegnete ich meiner Schwester Amelie, die mir sagte, die Eltern streiten sich. Ich ging nach oben. Als ich

die Treppe hinaufstieg, hörte ich einen schweren Fall und Wehrufe, anscheinend von meiner Mutter. Ich öffnete die Tür und sah, wie sich meine Mutter vom Boden erhob. — Vorf.: Das Haar hing ihr herunter? — Zeuge: Ja, meine Mutter war sehr aufgeregt, mein Vater stand mit geballten Fäusten da und die Mutter sagte, er habe sie geschlagen. Ich jog sie in das Schlafzimmer und schloß die Tür ab. — Vorf.: Schimpfte Ihr Vater? — Zeugen: Die sich nur nicht, wir haben schon verschiedenes darüber gehört, das es Streitigkeiten zwischen Ihren Eltern gab. — Zeuge: Ich glaube, er ätzte „gemeines Weib“. Der Zeuge befindet weiter, die Mutter habe sich auf das Bett geworfen, sie zeigte sich sehr erregt und schien einen Wahnkrampf zu haben. Auch sagte sie, sie wolle sich vergiften. — Vorf.: Wie war es mit dem Testament? — Zeuge: Während sie noch so erregt war, schrieb sie ihr Testament nieder. Das Testament gelangt zur Verlesung. Die Angeklagte erwidert darin ihren Gatten und ihre Tochter Amelie zugunsten ihres Sohnes Leo, des Zeugen. — Der Zeuge erklärt, daß er das Testament auf die Dresdner Bank tragen sollte. In Bezug auf den Vorfall, bei welchem Dr. Herberich getötet wurde, gibt der Zeuge an, daß er zunächst einen Schuß gehört und sodann im Steigenhause die erregten Stimmen seiner Eltern vernommen habe. Er ist dann hinzugekommen, als die Tat schon geschehen war. — Es tritt darauf eine Pause bis 1 Uhr ein.

Zur Lage in Portugal.

Paris. (Priv.-Tel.) Wie die Blätter aus Lissabon melden, sind die Berichte über Meutereien von Truppendisciplin wohl begründet. In Oporto haben deshalb neue Verhaftungen stattgefunden. Aus dem Nationalmuseum wurden auf Anordnung des Präsidenten Braga alle auf den König bezüglichen Gegenstände entfernt.

Madrid. (Priv.-Tel.) „El Liberal“ meldet aus Lissabon: Am Sonntag haben mehrere Straßendemonstrationen stattgefunden, an denen viele Tausende von Personen aller Stände teilnahmen. Den Forderungen wurden vorangetragen mit der Aufschrift: „Sofortige Einberufung des Parlaments, sofortige Aukerung der Bahnen“. Es wurden mehrfach Reden gegen die gegenwärtige Regierung gehalten und vor der Wohnung Bragas Abgründe ausgebracht.

Zum Bergarbeiterstreik im Sächsischen Kohlenrevier.

Brünnel. (Priv.-Tel.) Das Ende des Bergarbeiterstreiks im Bezirke von Sächsischen Revier wurde in der letzten Aussöhnung der Vereinigung der Bergleute mit 2 gegen 1 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen beschlossen.

Brünnel. (Priv.-Tel.) Die Zahl der Streikenden im Sächsischen Revier ist um 1000 zurückgegangen. Die Einigung der streikenden Bergleute mit den Besitzern der Kohlengruben erfolgt auf der Grundlage, daß die Einfahrts- und Anfahrtszeiten, sowie die Ruhepausen nicht mit in die neunstündige Arbeitszeit eingerechnet werden, und daß die früheren Löhne wieder gewährt werden. Das Ende des Streiks wird Freitag erwartet.

Die Türken und Griechenland.

Saloniki. Bei vorant an der griechischen Grenze kam es zu einem Kampfe zwischen griechischen und türkischen Soldaten, bei dem drei griechische Soldaten getötet wurden. Bei Arta schossen griechische Soldaten auf einen türkischen Nachposten. Herbeigeeilte Kameraden des Angegriffenen erwiderten das Feuer und erschossen zwei Griechen. Darauf drangen die griechischen Soldaten gegen das türkische Nachhau vor, wurden aber durch heftiges Feuer zurückgedrängt. Die Verluste auf griechischer Seite sind unbekannt, auf türkischer Seite war kein Verlust zu verzeichnen.

Zur Kreisjahre.

Athen. Nach Mitteilungen von amtlicher Seite zogen gestern 100 bis 150 Kreter, darunter etwa 10 Bekannte, nach einer Rede des Abgeordneten Mikali in Vanea ein, um eine Protestkundgebung gegen die Note der Schumacher über die Souveränität des Sultans zu überreichen. Eine verirrte Kugel löste einen Stuhlen, sonst verlief die Kundgebung in voller Ordnung, wie anderslautenden übertriebenen Meldungen gegenüber ausdrücklich festzustellen wird.

24 japanische Anarchisten zum Tode verurteilt.

Tokio. In dem Anarchisten-Prozeß gegen 26 Personen, die beschuldigt waren, dem Kaiser und anderen Mitgliedern der kaiserlichen Familie nach dem Leben getrachtet zu haben, wurden heute 24 Angeklagte zum Tode verurteilt, zwei wurden freigesprochen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bezirkspräsident Graf Seppeltin-Aischhausen hat der Rhein-Weiß. Ztg. telegraphisch: Die Mitteilung, ich sei Ehrenmitglied der Lateinische Sportiv gewesen, ist unrichtig, ebensowenig war ich Mitglied.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Wirtschaftliche Vereinigung hat im Reichstag den Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, noch in der gegenwärtigen Reichstagsperiode einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den 1. den Witwen und Waisen der vor dem 1. April 1908 verstorbenen Reichsbeamten eine angemessene Erhöhung der Witwen- und Waisengelder gewährt werde; 2. die Ruhegehälter der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand vertriebenen Reichsbeamten angemessen erhöht werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die diesjährige Tagung des Handelsstatistischen Beirates wurde heute im Statistischen Amt durch den Präsidenten van der Borcht eröffnet. Die Verhandlungen betreffen die Ermittlung der handelsstatistischen Einheitswerte für das Jahr 1910, soweit die Werte sich nicht aus den obligatorischen Bertrammeldungen ergeben. Die Sitzungen finden in 20 wirtschaftlichen Gruppen statt, deren Tagungen bis einschließlich 2. Februar d. J. dauern. Der Handelsstatistische Beirat besteht zurzeit aus 162 Mitgliedern.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Kellerei der Kaufmannschaft von Berlin beschloß, gegen den Gebühren-Entwurf der Fernsprecheinrichtung in einer an den Reichstag gerichteten Eingabe Stellung zu nehmen und dafür einzutreten, daß bei dem Durchschnitte der Gesprächsverbindungen, der in Berlin rund 4500 verknüpfte Gespräche im Jahre beträgt, allgemein die jetzt gültige Paulsgebühr beibehalten bleibt und für je 1000 weitere Verbindungen ein Zuschlag von 10 Mark erhoben wird.

Berlin. In der Plenarsitzung des Vorstandes der deutschen Industrie fachte der Vorstand in Gemäßheit der Referate des Vorsitzenden des Direktors des Siemens-Schuckert-Werke und des Generalsekretärs des Bundes der Industriellen einstimmig folgende Entschlüsse: 1. Inwieweit die geplante ständige Schraufstellung für die Fortschritte der Maschinenbau in Dresden akademischen Zwecken zur Belehrung Studierender usw. dienen soll, beschließen insoweit der Dresdener Plan weiterhin auf Berücksichtigung einer wissenschaftlich-technischen Prüfungsbank für Maschinenbau abzielt, hat die ständige Ausschusskommission für die deutsche Industrie sich mit diesen Zweckbestimmungen, als außerhalb ihres Wirkungsbereiches liegend, nicht zu befassen. 2. Das bisherige Dresdener Programm nimmt jedoch ferner in Aussicht die Aufstellung einer ständigen und durch Ausschreibung stetig sich erneuernden technischen industriellen Maschinenausstellung, die sich über die akademischen Zwecke hinaus an das große Publikum und die Kaufinteressenten wendet. Hierin erblickt der Vorstand der ständigen Ausschusskommission unter pflichtgemäßer Wahrnehmung der anvertrauten Interessen und in Durchführung der Aufgabe, den heimischen Gewerbetreib-